

## Berichtsvorlage öffentlich

Federführendes Amt <b>Haupt- und Personalamt</b>	Nr. <b>148/2018</b>
---	------------------------

**Betreff:**

Begleitvorlage zum Entwurf der Haushaltssatzung 2019: Erläuterungen zum Stellenplan

<b>Beratungsfolge</b>	<b>Termin</b>
<b>Finanzausschuss</b> Berichterstattung: Personaldezernentin Petra Schreier	04.12.2018
<b>Kreisausschuss</b> Berichterstattung: Landrat Dr. Olaf Gericke	06.12.2018
<b>Kreistag</b> Berichterstattung: Landrat Dr. Olaf Gericke	14.12.2018

**Beschlussvorschlag:**

Zur Kenntnis.

## **Erläuterungen:**

### **Erläuterungen zum Stellenplan 2019**

Die Verwaltung schlägt dem Kreistag zum Stellenplan 2019 eine Ausweitung der Planstellen um insgesamt netto 10,5 Stellen auf dann 984,5 Planstellen vor. Wie in den vergangenen beiden Jahren wird mit dieser Vorlage dem Wunsch der Politik nachgekommen, die Gründe für die Ausweitungen einzeln zu erläutern.

#### **I. Allgemeine Anmerkungen**

Die Anzahl der Planstellen im Stellenplan der Kreisverwaltung hat sich in den letzten Jahren kontinuierlich erhöht. Nach 905,5 Stellen im Jahr 2016 und 932,5 Stellen im Jahr 2017 hat die Politik mit der Verabschiedung des Haushalts 2018 einem Stellenzuwachs auf insgesamt 974,0 Planstellen zugestimmt (unter Einbeziehung der noch im Jahr 2017 nach Erstellung der Begleitvorlage genehmigten Stellen im Rettungsdienst [Vorlage 350/2017] sowie der im laufenden Jahr 2018 genehmigten beiden Stellen im Sozialamt für die Schuldnerberatung). Die Drittfinanzierungsquote betrug zum Zeitpunkt der Begleitvorlage 2017 39,62 %.

Über mehrere Jahre sind die Stellenpläne aufgrund der Flüchtlingskrise deutlich ausgedehnt worden.

Die moderate Ausweitung (10,5 Stellen) für das Haushalts-Jahr 2019 hat im Wesentlichen drei Gründe:

Zunächst ist ein Großteil der neuen Stellen für die voranschreitende Digitalisierung der Verwaltung notwendig. So sind im Amt für Informationstechnik und Statistik für die Umsetzung der von der Politik mit der Vorlage 093/2018 verabschiedeten Digitalisierungsstrategie zwei Stellen erforderlich. Die Auswirkungen der Digitalisierung und die Einführung der elektronischen Akte im Jobcenter sowie des „Digitalen Bauamts“ als Modellbereiche bringen sowohl in den beteiligten Fachämtern als auch maßgeblich im Haupt- und Personalamt, Sachgebiet Organisation, einen erheblichen Aufgabenzuwachs mit sich, der ohne zusätzliches Personal nicht so erledigt werden kann, wie es die Digitalisierung erfordert. Insoweit folgt aus der engmaschigen Einbindung der Organisationsabteilung des Haupt- und Personalamts auch dort ein personeller Mehrbedarf. Hierauf wurde bereits in der Vorlage 089/2018 hingewiesen.

Auch im laufenden Jahr kam es durch neue gesetzliche Zuständigkeiten zu erweiterten Arbeitsfeldern. Dies betrifft insbesondere die Bereiche der Finanzwirtschaft in der Kämmerei, das Waffenwesen bei der Kreispolizeibehörde und die Landwirtschaftliche Wasserwirtschaft im Umweltamt.

Schließlich sind erhebliche quantitative Steigerungen der Arbeit zu verzeichnen. Hiervon betroffen ist beispielsweise der Bereich der Bußgeldstelle und in der Folge die Kämmerei, Sachgebiet Finanzbuchhaltung. Die Ausweitung der Geschwindigkeitsüberwachung im Kreisgebiet – sowohl durch stationäre Blitzanlagen als auch durch verstärkten Einsatz von mobiler Verkehrsüberwachung – hat zu einem deutlichen Anstieg der Fallzahlen im Bereich der Bußgeldstelle geführt (vgl. auch Position 07 im Produkt 020420 [Verkehrsbußgeldstelle, Personen- und Güterkraftverkehr]). Da der Erlass von Bußgeldbescheiden parallel Zahl- und vermehrt

auch Mahnvorgänge auslöst, ist eine Ausweitung der Stellen auch im Bereich der Kämmerei notwendig. Aber auch im Bereich des Jugendamtes ist ein erhebliches Mehr an Aufgaben festzustellen: der Ausbau der Kinderbetreuung macht eine bessere Planung und Steuerung der Kindertagesbetreuung unumgänglich. Die Einhaltung der gesetzlichen Pflichten und weiterer Vorgaben hat in den letzten Monaten derart zugenommen, dass das Jugendamt mit dem vorhandenen Personal die Aufgabe nicht mehr sachgerecht erledigen kann.

Eine Übersicht des Stellenzuwachses kann der nachstehenden Tabelle entnommen werden.

<b>neue Aufgabe und vollständig refinanziert</b>	
<b>neue Aufgabe</b> <b>3,0</b>	1,0 Finanzwirtschaft 1,0 Waffenwesen 1,0 Landwirtschaftliche Wasserwirtschaft
<b>vollständig refinanziert</b> <b>6,0</b>	0,5 Finanzbuchhaltung (durch Bußgelder) 2,0 Radarüberwachung (durch Bußgelder) 0,5 Fleischhygieneüberwachung 1,0 Schuldnerberatung 2,0 Straßenbau / Gärtnerarbeiten
<b>teilweise refinanziert</b> <b>3,0</b>	1,0 Dokumentenmanagementsystem (e-Akte) Jobcenter (über Pauschale) 0,5 Einnahmeverwaltung Jobcenter 1,0 Abrechnungs- und Integrationsteam Jobcenter 0,5 Finanzwesen Jobcenter
<b>nicht refinanziert</b> <b>11,0</b>	2,0 Digitalisierung 0,5 Wohnbauförderung 0,5 Verwaltung Hochbau und Liegenschaften 1,0 Personalentwicklung 1,0 Organisation 1,0 Archiv 0,5 Förderschule 0,5 Schulverwaltung 1,0 Grundsatzangelegenheiten Sozialamt (Fachaufsicht, LÄMMkom) 1,5 Tageseinrichtungen für Kinder 0,5 Medizinischer Dienst 1,0 Geoinformation

Trotz dieser Ausweitungen ist es der Verwaltung – unter Beteiligung des Sachgebiets Organisation des Haupt- und Personalamts – gelungen, Bereiche zu identifizieren, in denen Möglichkeiten einer Stelleneinsparung vorhanden sind. Dies ist teilweise bedingt durch eine positive Fallzahlenentwicklung oder aber aufgrund organisatorischer Änderungen, die nach altersbedingtem Ausscheiden von Mitarbeitenden ermöglicht wurden. Insgesamt konnten **12,5** Planstellen für den Stellenplan 2019 gestrichen werden, 8,5 hiervon im Bereich des Jobcenters.

Dem Wunsch der Politik entsprechend und als Ausfluss der Stellungnahme der Bürgermeister zum Entwurf des Haushalts 2018 haben das Jobcenter und das Haupt- und Personalamt die Entwicklung der Zahl der Bedarfsgemeinschaften (BG) und der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (eLB) des Jobcenters stets begleitend zu möglichen Stellenbesetzungen geprüft.

Nicht zuletzt aufgrund der weiterhin guten wirtschaftlichen Entwicklung und der – Stand heute – nicht so erheblichen Überführung von Geflüchteten in Leistungen des Jobcenters haben sich die Prognosen, die dem Stellenplan des Jobcenters für das Jahr 2018 zugrunde gelegt wurden, positiv entwickelt. Daher können gerade im Sachgebiet Passive Leistungen 7,5 Planstellen und im Sachgebiet Aktivierende Leistungen eine Stelle eingespart werden.

Allerdings gibt die Verwaltung zu bedenken, dass die Zahl der Planstellen sich im Laufe des Jahres 2019 auch wieder nach oben verändern könnte. Dies ist sowohl von wirtschaftlichen als auch (bundes-)politischen Entscheidungen abhängig, die derzeit noch nicht abzuschätzen sind. Sollte daher im laufenden Haushaltsjahr 2019 absehbar sein, dass sich die Anzahlen der BG und eLB deutlich verschlechtert, würde die Verwaltung die politischen Gremien ausnahmsweise auch unterjährig um eine neuerliche Bewilligung von Planstellen bitten.

Die Gesamteinsparungen ergeben sich aus nachstehender Tabelle:

<b>vollständig refinanziert</b>	
<b>teilweise refinanziert</b>  <b>8,5</b>	7,5 Leistungssachbearbeitung 1,0 Arbeitsvermittlung
<b>nicht refinanziert</b>  <b>4,0</b>	1,0 Wohnbauförderung 0,5 Ausbildungsförderung 1,0 Wirtschaftliche Hilfen 0,5 Hilfe zur Pflege 1,0 Gesundheitlicher Umweltschutz

## II. Zu den einzelnen Stellen:

### 1. Amt für Informationstechnik und Statistik

Die Digitalisierungsstrategie des Kreises Warendorf erfordert in der Umsetzung die Stellenplanausweitung im Umfang von 2,0 Planstellen.

Das Konzept wurde der Politik mit Vorlage 093/2018 vorgestellt und durch den Kreistag beschlossen.

Die Stellen sind nicht refinanziert.

### 2. Kämmerei

Insgesamt sind nach Prüfung durch die Verwaltung 2,0 Planstellen neu einzurichten.

#### a. Sachgebiet Finanzwirtschaft

Im Sachgebiet Finanzwirtschaft soll insgesamt eine 1,0 Stelle eingerichtet werden.

Angesichts der immer komplexer werdenden Steuergesetze, die mit der Einführung des § 2 b UStG auch die öffentliche Hand verstärkt treffen, wird es auch für den Kreis Warendorf notwendig, steuerpflichtige Sachverhalte in der Beziehung mit Dritten richtig und vollständig zu erfassen. Die Stelle der Kommunalaufsicht soll daher mit entsprechenden steuerrechtlichen Aufgaben angereichert werden, was eine Stellenplanausweitung erforderlich macht. Die neue 0,5-Stelle soll schwierige steuerrechtliche Fragestellungen in enger Abstimmung mit dem Steuerberater des Kreises bearbeiten.

Für die *vollständige* Bearbeitung der umsatzsteuerrechtlichen Angelegenheiten ist die o.g. Ausweitung nicht ausreichend, so dass eine weitere Ausweitung um 0,5-Stellen erforderlich ist. Hier ist beabsichtigt, einen Steuerfachangestellten einzustellen.

Die beiden 0,5-Stellen resultieren aus einer neuen Aufgabe und sind nicht refinanziert.

#### b. Sachgebiet Wohnbauförderung

Für die Prüfung der Anträge auf Wohnbauförderung ist neben einer verwaltungsrechtlichen Prüfung auch eine technische Prüfung erforderlich. Der notwendige Stellenanteil von 0,5 Stellen wurde vor einigen Jahren eingespart. Die Aufgabe wurde insoweit durch eine Stundenaufstockung einer Mitarbeitenden aufgefangen. Nach dem personellen Wechsel und aufgrund der weiterhin bestehenden Notwendigkeit, die technische Prüfung vorzunehmen, sieht die Verwaltung das Erfordernis, die Stelle wieder einzurichten.

Die 0,5-Stelle ist nicht refinanziert.

#### c. Sachgebiet Finanzbuchhaltung/Vollstreckung

Wie bereits in den allgemeinen Erläuterungen ausgeführt, wird es insbesondere durch die Beschaffung und Installierung weiterer Radarmessgeräte (Konzept zur Verkehrssicherheit) mit entsprechenden Messungen zu einem weiteren Fallanstieg kommen. Dieser ist mit dem vorhandenen Personal nicht mehr sachgerecht zu bearbeiten. Es soll eine 0,5-Stelle eingerichtet werden.

Dem Stellenmehrbedarf stehen die Mehreinnahmen durch Bußgelder gegenüber, so dass die Stelle refinanziert ist.

### **3. Amt für Hochbau und Immobilienmanagement**

Das Sachgebiet Hochbau und Liegenschaften ist seit dem 01.01.2018 ein eigenständiges Amt. Aktuell ist dort eine Verwaltungskraft im gehobenen Dienst tätig. Die Arbeitsbelastung auf der Verwaltungsstelle ist angestiegen. Dies ist u.a. durch Folgendes begründet: die Erhöhung des Baubudgets führt zu einer signifikanten Zunahme der Kontierungsvorgänge, der Abwicklung verschiedener Förderprogramme, einem steigenden Beratungsumfang bei Nutzungsüberlassungen, zu einer steigenden Anzahl von Mietverträgen sowie einer stetigen Anzahl von Umzügen.

Es soll eine 0,5-Stelle eingerichtet werden. Die Stelle ist nicht refinanziert.

### **4. Haupt- und Personalamt**

#### a. Sachgebiet Organisation

Als Konsequenz aus dem gpa-Bericht (vgl. Vorlage 089/2018) und zur Unterstützung bei der Digitalisierung soll das Sachgebiet Organisation verstärkt werden, um die Wirtschaftlichkeit der Verwaltung im Hinblick auf den personellen Einsatz und die Organisation der Arbeitsabläufe zu überprüfen. Der Wunsch der weiteren Aufarbeitung der Erkenntnisse aus dem gpa-Bericht stammt aus der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses. Hierbei sollen folgende Bereiche intensiv begleitet werden: Überwachung fließender Verkehr, Leitstelle, Infektionsschutz und Umwelthygiene, Jobcenter, Digitalisierung.

Im Bereich der Digitalisierung ist das Sachgebiet Organisation in der Lenkungsgruppe Einführung e-Akte Jobcenter sowie im Modellprojekt „Digitales Bauamt“ vertreten. Der Arbeitsaufwand ist auch für das Sachgebiet erheblich. Da aus den jeweiligen Projekten auch Synergieeffekte für die weitere Implementierung der e-Akte sowie der Digitalisierungsprozesse insgesamt erwachsen, ist eine engmaschige und nachhaltige Beteiligung des Sachgebiets Organisation erforderlich.

Die 1,0-Stelle ist nicht refinanziert.

#### b. Sachgebiet Personalentwicklung

Mit der Vorlage 089/2018 hat die Verwaltung der Politik ein Personalentwicklungskonzept zur Kenntnis vorgelegt. Überdies wurde in der Vorlage dargelegt, wie die Verwaltung auf die Ergebnisse des gpa-Berichts reagieren möchte.

Das Thema "Personalgewinnung und -bindung" ist eines der zentralen Themen für die Zukunftsfähigkeit der Verwaltung. Zur Umsetzung der in dem Personalentwicklungskonzept aufgeführten Maßnahmen ist eine Stellenausweitung um 1,0 Planstellen erforderlich.

Die Stelle ist nicht refinanziert.

#### c. Sachgebiet Archiv

Das Kreisarchiv ist zugleich Archiv der Kreisverwaltung und als Kreiszentralarchiv auch Stadt- und Gemeindearchiv für 12 der 13 Kommunen des Kreises. Damit ist es die größte Einrichtung seiner Art in Westfalen. Seit einigen Jahren hat das Kreisarchiv seine

Arbeit qualitativ wie quantitativ massiv ausgebaut: so ist das Kreisarchiv mit mehreren weiterführenden Schulen/Gymnasien des Kreises Bildungspartnerschaften eingegangen und engagiert sich im Bereich des „Archivs als Lernort“. Zudem engagiert sich das Kreisarchiv intensiver in der Öffentlichkeitsarbeit (z. B. regelmäßige Veranstaltung beim Tag der Archive). Hinzu kommt, dass die Kommunen des Kreises in den letzten Jahren verstärkt Unterlagen an das Kreisarchiv abgegeben haben. Diese müssen gesichtet, bewertet und fachgerecht archiviert werden. Im Rahmen der Digitalisierung werden bereits jetzt – auch zur Steigerung der Benutzerfreundlichkeit – Personenstandsregister digitalisiert und immer intensiver auch beauskunftet. Auch liefern Kommunen bereits jetzt teilweise digitale Daten ab.

Zur weiteren Aufgabenwahrnehmung ist die Ausweitung um eine 1,0-Stelle erforderlich.

## **5. Kreispolizeibehörde**

Im Sachgebiet Waffenwesen ist die Einrichtung einer weiteren 1,0 Planstelle, die nicht refinanziert ist, erforderlich. Diese basiert auf einer neuen Aufgabe.

Durch einen neuen Erlass des IM werden die Waffenbehörden angewiesen, vor jeder Erteilung einer waffenrechtlichen Erlaubnis eine entsprechende Überprüfung einzuleiten. Dies bedeutet, dass bei jeder Neueintragung einer Waffe oder eines Zubehörs zusätzlich zu der dreijährigen Überprüfungsverpflichtung der persönlichen Eignung und Zuverlässigkeit weitere Abfragen durchgeführt werden müssen. Die Anzahl der vorliegenden Anträge ist mit dem vorhandenen Personal nicht mehr sachgerecht zu bearbeiten. Vor dem Hintergrund einer notwendigen intensiven Prüfung sieht die Verwaltung die Einrichtung dieser Stelle als unumgänglich.

## **6. Amt für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Straßenverkehr**

Im Sachgebiet Straßenverkehr sind nach Einschätzung der Verwaltung insgesamt zwei weitere Planstellen einzurichten, hiervon 1,5 Stellen im Team Verkehrssicherung und -lenkung sowie 0,5 Stellen im Team Bußgeldstelle:

### a. Team Verkehrssicherung und -lenkung

- Das Konzept zur Verkehrssicherung sieht eine Ausweitung der Geschwindigkeitsmessungen unter anderem durch die Installation weiterer Messsäulen und die Beschaffung einer Trailer-Semi-Station vor. Es entsteht dadurch ein zusätzlicher Bedarf von 1,0 Stellen in der Bildbearbeitung.
- Um den zukünftigen Herausforderungen einer effektiven Geschwindigkeitsüberwachung gerecht zu werden, ist die Einrichtung einer Koordinierungsstelle für den Verwaltungsbereich erforderlich. Auf dieser Stelle sollen folgende Aufgaben wahrgenommen werden: Konzeption der Geschwindigkeitskontrollen, Organisation und Ausführung von Beschaffungsmaßnahmen in Abstimmung mit der Teamleitung, Planung von Schulungsmaßnahmen, Koordinierung der Eichungen. Hier sieht die Verwaltung einen Bedarf von 0,5 Stellen.

### b. Team Bußgeldstelle:

Durch die Erhöhung der Radarüberwachungen und einem daraus folgenden erhöhten Blitzaufkommen steigt das Arbeitsvolumen in der Bußgeldstelle. Die Einrichtung ist notwendig, um die Vielzahl an Geschwindigkeitsverstößen innerhalb der gesetzlichen

Verjährungsfrist abarbeiten zu können.

Der Bedarf beläuft sich hier auf 0,5 Stellen.

Sämtliche Stellen sind durch die erhöhten Einnahmen an Bußgeldern refinanziert.

### **7. Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt**

Im Sachgebiet Fleischhygiene soll die Möglichkeit eröffnet werden, einen nebenamtlich beschäftigten Fachassistenten dauerhaft an den Kreis zu binden. Dies ist ohne die Einrichtung einer 0,5-Planstelle indes nicht möglich. Die aktuelle Bewerberlage auf dem Markt stellt sich leider so dar, dass nebenamtliche Fachassistenten nicht mehr zu gewinnen sind. Zur Personalbindung ist daher die Einrichtung dieser Stelle notwendig.

Die Stelle ist durch die Gebühreneinnahmen vollständig refinanziert.

### **8. Schul-, Kultur und Sportamt**

In der Schulverwaltung ist eine Stellenplanausweitung von insgesamt 1,0 Stellen erforderlich.

- Der Kreis wird ab dem Schuljahr 2019/2020 eine Förderschule mit dem Förderschwerpunkt "Lernen und Sprache" in eigener Trägerschaft betreiben. Die Schule wird zwei Standorte haben (Nord- und Südkreis). Es besteht daher Bedarf für eine 0,5 Sekretariatsstelle. Die Stellenbesetzung erfolgt erst ab August 2019.
- Im Bereich der Verwaltung ist ein deutlich erhöhter Aufgabenblock erwachsen. Dieser resultiert aus einer Ausweitung weiterer Förderschulstandorte, dem Programm "Gute Schule 2020", der Neukonzeption Museum Abtei Liesborn sowie der Umstellung der Schule für Musik im Kreis Warendorf auf das Neue Kommunale Finanzmanagement. Dieses Aufgabenplus ist mit dem vorhandenen Personal nicht mehr zu erledigen. Daher soll dieser Bereich mit 0,5-Stellen erweitert werden.

Beide 0,5-Stellen sind nicht refinanziert.

### **9. Sozialamt**

Der Stellenplan des Sozialamts soll um insgesamt 2,0 Stellen ausgeweitet werden:

#### a. Sachgebiet Grundsatzangelegenheiten

- Der Umfang der zu prüfenden Widersprüche sowie die Auswertung der Rechtsprechung haben in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Dadurch kommt es zu höheren Bearbeitungszeiten pro Widerspruch. Daneben ist es erforderlich, weiteres Spezialwissen in den Bereichen SGB V, Ausländerrecht und Erwerbsfähigkeit vorzuhalten, um eine Abgrenzung zu den Rechtsbereichen AsylbLG und SGB II rechtssicher vornehmen zu können. Viele Rechtsänderungen müssen ausgewertet und sowohl technisch als auch rechtlich umgesetzt werden. Gerade die kleineren Kommunen sind oft nur mit einer Stelle für die Leistungssachbearbeitung nach SGB XII besetzt. Dies führt zu häufigen Nachfragen beim Kreis. Die strukturierte Fachaufsicht in der Form von Aktenprüfungen soll deutlich intensiviert werden. Die Prüfung der Grundsicherung nach dem SGB XII (Bundesauftragsangelegenheit) kann nicht durch das



Rechnungsprüfungsamt, sondern muss durch das Sozialamt erfolgen. Dies führt zu einer Sonderaufsicht der Städte und Gemeinden durch die Fachaufsicht. Mit dem vorhandenen Personal kann dies nicht geleistet werden. Daher wird hier ein Bedarf von 0,5 Stellen gesehen.

- Bei der Betreuung der Fachsoftware LÄMMkom bedarf es einer systematischen und nachhaltigen Unterstützung bei der Administration und Auswertung. Spätestens im Jahr 2020 wird eine Programmumstellung unausweichlich sein. Für die reibungslose Implementierung dieser Software ist das Wissen um die Notwendigkeit einzelner Daten, der fachliche Hintergrund der Dateneingabe etc. von Bedeutung. Betreut werden zudem nicht nur die Beschäftigten des Sozialamtes, sondern auch die mit dem SGB XII und AsylbLG befassten Beschäftigten der kreisangehörigen Städte und Gemeinden, deren Anfragen zeitnah beantwortet werden müssen. Daher ist aus Sicht der Verwaltung die Ausweitung um 0,5-Stellen erforderlich.

#### b. Sachgebiet Schuldnerberatung

Bislang bestand ein Vertrag mit einem freien Träger für den Südkreis. Dieser Vertrag soll gekündigt werden, um die Aufgabenwahrnehmung durch kreiseigenes Personal zu erledigen. Diese Lösung ist insgesamt wirtschaftlicher.

Die 1,0-Stelle in der Schuldnerberatung ist durch die eingesparten Mittel für den freien Träger refinanziert. Die beiden halben Stellen im Sachgebiet Grundsatzangelegenheiten sind nicht refinanziert.

### **10. Amt für Kinder, Jugendliche und Familien**

Im Sachgebiet Tageseinrichtungen/Tagespflege/ Wirtschaftl. Hilfen/UVG/Controlling ist die Einrichtung von insgesamt 1,5 Planstellen erforderlich:

- Tageseinrichtung/Tagespflege: Der Aufgabenbereich der KiTa-Bedarfsplanung nimmt immer mehr Raum ein. Über die eigentliche Planung hinaus ist das Amt für Kinder, Jugendliche und Familien nun auch gehalten, die Platzverteilung zentral zu steuern. Es wird der Bedarf von 1,0-Stellen gesehen.
- Tageseinrichtung/Wirtschaftliche Hilfen: Es besteht ein erhöhter Personalbedarf bei den Betriebskostenabrechnungen für die Tageseinrichtungen. Durch gesetzliche Änderungen des Kinderbildungsgesetzes bei der verwaltungsmäßigen Abwicklung der Betriebskostenabrechnungen (Wegfall des 10%-Korridors und Einführung der Spitzabrechnung, unterjährige Änderungen der Leistungsbescheide aufgrund der Planungsgarantie, verstärkte Kontrolle der Monatsdaten, Endabrechnungen aufgrund der tatsächlichen Ist-Belegung; Einführung neuer Einzelverwendungsnachweise im Rahmen der Endabrechnung, Platzausbau bei den Tageseinrichtungen, Stellungnahmen für das Landesjugendamt, Einführung des interkommunalen Ausgleiches, neu eingeführte Projektförderungen des Landes NRW, Abrechnung Kommunikationsunterstützung) ist die Intensität und Anzahl der Überprüfungen massiv gestiegen. Um diesen Anforderungen gerecht zu werden, ist eine Ausweitung des Stellenplans um 0,5 Stellen erforderlich.

Die insgesamt 1,5 Stellen sind nicht refinanziert.

### **11. Gesundheitsamt**

Im Sachgebiet Medizinischer Dienst ist eine Mitarbeiterin mit der Hälfte der regelmäßigen Arbeitszeit (0,5-Vollzeitäquivalente) im unbefristeten Beschäftigungsverhältnis beschäftigt, für die bisher keine Planstelle vorhanden ist.

Eine entsprechende 0,5-Planstelle soll geschaffen werden.

### **12. Jobcenter**

Im Sachgebiet Verwaltung sind aus Sicht der Verwaltung insgesamt 3,0 Planstellen einzurichten, die teilweise refinanziert sind:

- In der Einnahmenverwaltung waren bislang 1,5 Vollzeitäquivalente ohne Planstelle tätig. Der Bedarf wird nach Einschätzung des Jobcenters und des Sachgebiets Organisation des Haupt- und Personalamts dauerhaft mit 0,5 festgelegt. Diese Stelle ist nunmehr festzuschreiben.
- Im sog. Abl-Team (Abrechnungs- und Integrationsleistungen) machen steigende Fallzahlen im Bereich der Förderungen / abzurechnender Maßnahmen eine Erhöhung des Personalbestandes erforderlich. Das Maßnahmenmanagement soll intensiviert werden, indem Förderangebote verstärkt öffentlich ausgeschrieben und die Prüfung der Rechtmäßigkeit und Qualität der Leistungserbringung noch weiter optimiert wird. Die Evaluation der Arbeitsmarktinstrumente soll ausgeweitet werden. Hierfür ist die Schaffung einer 1,0-Stelle erforderlich.
- Im Bereich der Finanzen erfolgen u.a. die Zahlbarmachung aller Leistungen des Jobcenters sowie die Abrechnung mit dem Bund und dem Land NRW. Des Weiteren werden dort alle Aufgaben, die im Zusammenhang mit dem Personal, den Liegenschaften und der Ausstattung des Jobcenters anfallen, erledigt. Um weiterhin termin- und anforderungsgerecht die Aufgaben in diesem Sachgebiet erledigen zu können, ist eine Verstärkung in Höhe von 0,5 erforderlich ist.
- Der Projektkoordinator des Amtes für Informationstechnik und Statistik für die Einführung der e-Akte bzw. des Dokumentenmanagementsystems (DMS) muss entlastet werden. Zur Umsetzung des DMS-Systems ist eine Stellenplanausweitung erforderlich. Die 1,0-Stelle soll zunächst vorwiegend für das Amt 56 tätig werden.

### **13. Amt für Planung und Naturschutz**

Ein Mitarbeitender übernimmt derzeit im Rahmen eines Zeitvertrages die Fortführung des Artenkatasters sowie amtsinterne GIS-Aufgaben, Kompensationskataster etc. Die Weiterführung ist erforderlich, um die Betreuung der führenden Verzeichnisse gem. § 34 LNatSchG, Führen der weiteren geplanten Landesverzeichnisse und die Gewährleistung der Qualität der Fachdaten-Bestände sicherzustellen.

Es handelt sich um eine 1,0-Stelle, die nicht refinanziert ist.

### **14. Umweltamt**

Im Umweltamt soll der Stellenplan um insgesamt 3,0 Stellen ausgeweitet werden.

#### a. Sachgebiet Straßenbau

Der Bauhof Warendorf soll durch 2 Gärtner verstärkt werden, die bei Bedarf die Pflege

der Grünanlagen am Kreishaus übernehmen. Dadurch kann auf eine externe Vergabe, die mit vergleichbaren Kosten von 2,0 Vollzeitäquivalenten verbunden ist, verzichtet werden. Insoweit sind diese Stellen refinanziert.

#### b. Sachgebiet landwirtschaftliche Wasserwirtschaft

Es besteht ein erhöhter Personalbedarf durch neue Aufgaben und erhöhtes Arbeitsaufkommen. Die Durchführung der medienübergreifenden Umweltinspektionen bei Anlagen mit besonderem Umweltrisiko, die Kleinkläranlagenüberwachung als Pflichtaufgabe nach dem neuen Landeswassergesetz, die Festsetzung von Wasserschutzgebieten bei bestimmten Wasserwerken, die Überwachung der Abwasseranlagen hinsichtlich Legionellenbelastung, das Inkrafttreten der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen, die Gewässeraufsicht sowie weitere Aufgaben machen es erforderlich, den Stellenplan in diesem Bereich um 1,0 Stellen zu erweitern.

Es handelt sich um eine neue Aufgabe. Die Stelle ist nicht refinanziert.

### **III. Zusammenfassung:**

Der vorgelegte Stellenplan ist aus Sicht der Verwaltung ein gesundes Maß zwischen Notwendigem und Ausreichendem.

Insbesondere die zahlreichen Stelleneinsparungen zeigen, dass die Verwaltung mit allen Akteuren intensiv daran arbeitet, den Stellenplan auf das notwendige Maß zu begrenzen. Die neuen Stellenanforderungen der Fachämter zeigen aber auch, dass in einzelnen Bereichen der Verwaltung – teils durch neue Aufgaben, teils durch Steigerung von Fallzahlen – eine Entlastung der Mitarbeitenden notwendig ist, um eine sachgerechte und gesetzeskonforme Fallbearbeitung zu ermöglichen.

Die Drittfinanzierungsquote über alle Stellen betrachtet liegt bei 40,63 %.

1. \_\_\_\_\_  
Amtsleitung

2. \_\_\_\_\_  
Dezernent

3. \_\_\_\_\_  
Kämmerer (nur bei Vorlagen mit finanziellen  
Auswirkungen)

4. \_\_\_\_\_  
Landrat